

Wahlen in den Grossen Rat Die grosse az-Umfrage

Kommt doch nicht zur Dominanz von SVP-FDP?

Wäre letzten Sonntag der neue Grosse Rat gewählt worden, wäre die FDP laut einer Demoscope-Umfrage mit einem Gewinn von über 3 Wählerprozenten die grosse Siegerin. SVP und CVP würden verlieren.

VON MATHIAS KÜNG

Dominieren SVP und FDP den Grossen Rat? So titelte die az vor zwei Wochen, ausgehend von der Wahlprognose der beiden langjährigen az-Prognostiker und früheren Parlamentarier Max Knecht (CVP) und Urs Haeny (FDP). Beide sehen SVP und FDP bei den Grossratswahlen im Plus. Knecht sieht für beide zusammen ein Wachstum von rund 2 Prozent, Haeny von 4,5 Prozent voraus. Damit kämen FDP und SVP auf nahezu oder leicht über 50 Prozent Wähleranteil und eine Mehrheit der Sitze. Derzeit halten SVP und FDP zusammen mit der EDU 69 der 140 Sitze. Diese Situation führt oft zu Pattsituationen zwischen ihnen und Mitte-Links.

SVP und CVP im Umfrageminus

Jetzt liegt eine Umfrage vor, welche die az beim Meinungsforschungsinstitut Demoscope in Auftrag gegeben hat. Befragt wurden 1000 Stimmberechtigte im Aargau. Diese Umfrage besagt etwas anderes. Ihr zufolge sind derzeit SVP und FDP zusammen nur minim im Plus, die CVP gar deutlich im Minus.

Wäre letzten Sonntag gewählt worden, bliebe die SVP mit 29,1 Prozent zwar klar stärkste Partei, würde aber im Vergleich zu den letzten Wahlen 2,9 Prozent einbüßen. Die CVP schrumpft gemäss Umfrage um 3,5 auf 9,8 Prozent. Umgekehrt legt die FDP bei der Wählerbefragung um 3,3 Prozent zu und kommt neu auf 18,7 Prozent. Leicht im Plus sind in dieser Momentaufnahme auch SP (neu 16,3 Prozent) und Grüne (9,0 Prozent).

Die SVP stand auch bei einer Umfrage vor den Nationalratswahlen 2015 im Minus, eingetroffen ist das Gegenteil. Die Prognostiker Knecht und Haeny erwarten, dass die SVP auch 2016 zulegt. Demoscope-Forschungsleiter Werner Reimann, der die Daten im Auftrag der az erhoben hat, sagt dagegen: «Eine Partei mit einem Wähleranteil von rund einem Drittel stösst einmal an ihren Zenit. Bei der SVP scheint dies der Fall.» Aber er warnt: «Die Befragung liefert ein Stimmungsbild zum heutigen Zeitpunkt. Sie ist keine Prognose und nimmt die Wahl nicht vorweg. Ein Wahlkampf ist dynamisch, Stimmabsichten können sich verändern. Letztes Jahr etwa brachte der Flüchtlingsstrom durch Osteuropa unmittelbar vor den Wahlen der SVP viele zusätzliche Stimmen.»

SVP: «Wir werden zulegen»

Laut Umfrage hat die SVP bei den über 35-jährigen weiterhin mit Abstand den grössten Wähleranteil. Sie wird gleichmässig von Frauen und Männern gewählt. Auf dem Land ist sie etwas stärker als in den Städten und in der Agglomeration. SVP-Präsident Thomas Burgherr sagt zum Ergebnis: «Einen Verlust besagte uns doch schon die letzte Umfrage. Wir werden im Gegenteil erneut zulegen. Ich bin sicher, dass uns die Weigerung der Nationalratsmehrheit, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, zusätzliche Stimmen bringt.»

CVP: Wir kämpfen umso mehr

Wenn der Abwärtstrend der CVP gemäss Umfrage anhält, könnte sie gar knapp unter die psychologisch sehr wichtige 10-Prozent-Grenze fallen. Gemäss Umfrage fehlen der CVP vor allem junge Wählerinnen und Wähler. Dort beträgt ihr Anteil derzeit nur 4,7 Prozent. Der CVP drohe Überalterung, sagt Reimann. Auf dem Land holt die Partei mehr Stimmen als in der Stadt und in der Agglomeration.

«Das Umfrageergebnis überrascht mich und widerspiegelt nicht das riesige Engagement von uns allen im Wahl-

kampf und die Aufbruchstimmung an unserer Basis», sagt CVP-Präsidentin Marianne Binder. «Das Resultat motiviert uns aber umso mehr, um jede Stimme zu kämpfen. Wir haben hervorragende Kandidaten, so viele wie noch nie. Ich bin überzeugt, dass wir mit ihnen gute Voraussetzungen haben für ein gutes Wahlergebnis. Aber ein Spaziergang ist das nicht.»

FDP bei den Jungen die Nummer 1

Die FDP, die sich von früheren Niederlagen 2012 und auch bei den Nationalratswahlen 2015 etwas erholt hat, legt besonders stark bei den Jungen zu. Dort ist ihr Wähleranteil laut Umfrage bei 24,8 Prozent. Reimann: «Bei den 18- bis 34-jährigen war bisher die SVP die Nummer 1, jetzt ist es die FDP.» Der Freisinn ist bei den Männern etwas stärker vertreten als bei den Frauen, und in Stadt/Agglomeration etwas stärker als auf dem Land.

Grüne und SP leicht im Plus

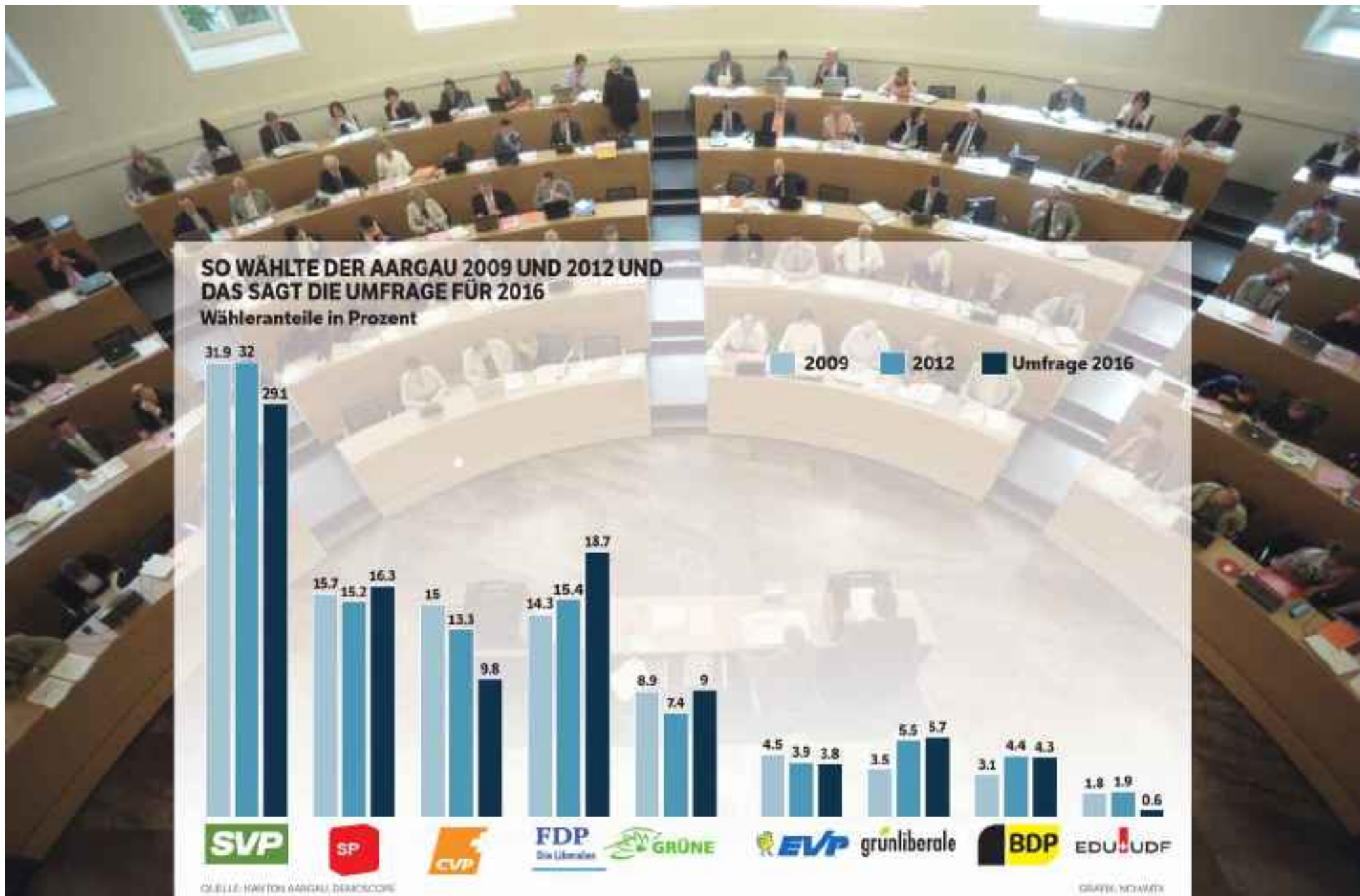
Viele überraschen dürfte, dass die Grünen in der Umfrage trotz Wegfalls ihrer Wahllokomotive Susanne Hochuli auf 9 Prozent klettern. Sie könnten noch von der Debatte über die Atomausstiegsinitiative profitieren, über die

am 27. November abgestimmt wird. Die Grünen werden deutlich stärker von Frauen gewählt, bei den über 55-jährigen sind sie mit 5,1 Prozent dagegen schwach vertreten.

Und wie schneiden die jungen Mitte-Parteien ab? Der BDP sagen viele Politikbeobachter nach dem Abgang ihrer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf einen unaufhaltsamen Niedergang voraus. In der Grossrats-Umfrage bleibt sie aber stabil auf 4,3 Prozent (minus 0,1). Die BDP ist allerdings bei den Wählerinnen und Wählern zwischen 35 und 54 Jahren unterdurchschnittlich vertreten. Die GLP wiederum, die nach der Atomkatastrophe von Fukushima stark zugelegt hatte, kann in der Umfrage mit nur 0,2 auf 5,7 Prozent zulegen. Die GLP ist laut Reimann eine städtische Partei und bei den Jungen gut vertreten.

Stabil zeigt sich auch die EVP mit 3,8 Prozent. Sie ist in der Stadt und in den Agglomerationen wie auf dem Land gleichermaßen präsent. Doch wie der CVP fehlen ihr junge Wählerinnen und Wähler.

Mehr Grafiken finden Sie auf www.aargauerzeitung.ch



Bei den letzten Wahlen 2012 legten FDP, GLP und BDP zu. Die SVP hielt sich auf hohem Niveau, CVP, SP, Grüne und EVP verloren Wähleranteile. Bei den kommenden Grossratswahlen liegt laut Umfrage derzeit die FDP in Front.

Bringt CVP-Geheimplan die SVP zusätzlich in Bedrängnis?

Regierungsratswahl Der SVP-Kandidatin Franziska Roth droht neue Konkurrenz aus der CVP.

VON ROLF CAVALLI UND MATHIAS KÜNG

Als ob es Franziska Roth nicht schon genug schwer hätte: In der repräsentativen Umfrage (az von gestern) liegt die SVP-Regierungsratskandidatin hinter den rotgrünen Konkurrenten Yvonne Feri (28,4 Prozent) und Robert Obrist (26,3 Prozent) nur auf Platz 7 mit 23,1 Prozent. Nun macht im Bundeshaus und in der Politszene Baden ein Plan die Runde, der Roth zusätzlich in Bedrängnis bringen könnte. In der CVP überlegt man sich ernsthaft, im zweiten Wahlgang eine eigene Kandidatin ins Rennen zu schicken, um den fünften Regierungsratsitz zu ergatteren. Es fällt der Name von Nationalrätin Ruth Humbel. Tritt sie an, würde sie mit ihrer Bekanntheit und Erfahrung sowohl Quereinsteigerin Roth als auch einer allfälligen FDP-Kandidatin das Leben schwer machen.

«Solche Diskussionen gibt es, wie in der FDP ja auch», bestätigt CVP-Präsidentin Marianne Binder auf Anfrage. «Aber wir konzentrieren uns jetzt ganz auf die Wahl von Markus Dieth. Alles andere ist politisch unklug. Wir sehen dann nach dem ersten Wahlgang, wie die neue Ausgangslage ist und werden das genau analysieren.» Voraussetzung für eine zusätzliche Kandidatur ist, dass Dieth es schon im ersten Wahlgang schafft. Ruth Humbel war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Die bürgerliche Mitte ist im Dilemma. «Den Anspruch der wählerstärk-



Ruth Humbel Franziska Roth

sten Partei SVP auf einen zweiten Sitz kann ich gut nachvollziehen und auch akzeptieren», sagt Binder, «doch ist es für die Wähler schon schwierig, wenn die SVP dann mit einer Kandidatin ins Rennen steigt, welche sie selber offenbar gar nicht richtig will.» Das zeigt sich auch in der Umfrage: In der CVP-Basis hat SVP-Frau Roth viel weniger Unterstützung als SP-Kandidatin Feri. Für CVP-Präsidentin Binder ist Feri allerdings keine Alternative: «Sie fokussiert sich einseitig auf Genderfragen und politisiert fundamental links. Ich wäre über ihre Wahl nicht begeistert.»

Schlusspunkt der SVP

Trotz schlechten Umfragewerten zeigt sich SVP-Präsident Thomas Burgherr kämpferisch: «Wir haben mit Franziska Roth eine hervorragende Kandidatin. Ich bin überzeugt, dass sie den Rückstand auf Obrist und Feri - wenn es diesen gibt - aufholen und sie überholen wird. Unser Ziel bleibt, dass sie es im ersten Wahlgang schafft.» Die kurze Zeit bis zu den Wahlen am 23. Oktober will die Partei nutzen. Eben wurde eine Wahlzeitung in alle Haushaltungen in allen Bezirken verteilt. «Das Echo ist sehr gut, das gibt zusätzlich Schub», so Burgherr, «das war schon bei den letzten Wahlen so.» Die Zeitung sei übrigens erst nach der Durchführung der Umfrage verteilt worden.

Burgherr glaubt nicht, dass Roth in der eigenen Partei weniger Rückhalt habe als andere Kandidaten: «Das zeigen alle bisherigen Veranstaltungen mit Franziska Roth. Wer sie kennen lernt, unterstützt sie nachher aus Überzeugung.» Geplant seien aber weitere parteiinterne und externe Veranstaltungen mit Franziska Roth und Alex Hürzeler, Medienauftritte sowie weitere Inserate. Voll am Laufen sei die Plakatierung.

Politologe Mark Balsiger glaubt nicht, dass die SVP in den letzten Wochen mit «Effort und Geld wettmachen kann, was sie über Monate versäumt hat». Laut Balsiger hätte die Partei die bis vor kurzem unbekannt Franziska Roth viel früher und konsequenter als Kandidatin aufbauen müssen.

«Schwer, an Roth festzuhalten»

Falls Roth in zweiten Wahlgang muss, käme es der SVP gelegen, wenn auch CVP-Mann Dieth noch nicht gewählt ist. Dann ist es für Burgherr «wichtig, dass sich die Bürgerlichen mit aller Kraft auf diese beiden Kandidaturen konzentrieren, um Susanne Hochulis Sitz ins bürgerliche Lager zu ziehen.» Zu einer möglichen eigenen Kandidatur von FDP oder CVP sagt der SVP-Präsident: «Es wäre falsch, wenn die Bürgerlichen im zweiten Wahlgang mit mehreren Kandidaten kämen - das würde nur Rotgrün helfen.» Der Rückzug der eigenen Kandidatin kommt für Burgherr nicht in Frage: «Ich kann mir nicht vorstellen, dass die SVP als grösste Partei anstelle einer eigenen Kandidatur diejenige einer anderen bürgerlichen Partei unterstützen würde.»

Politologe Balsiger dagegen ist überzeugt: «Wenn Roth im ersten Wahlgang schwach abschneidet, wird es für die SVP ganz schwer, an ihr festzuhalten.»

Autofahrer zu Unrecht wochenlang ohne Fahrausweis

Drogentest Ein falsches Testergebnis verursachte für einen Aargauer mehrere Tausend Franken Unkosten

VON PHILIPP ZIMMERMANN

Dass ein Autofahrer nach einem positiven Drogenschnelltest seinen Führerschein abgeben muss, ist der Courant normal im Aargau. Allerdings: Die Tests sind nicht über alle Zweifel erhaben. In seltenen Fällen weisen sie ein falsches Resultat aus. Deshalb können Autofahrer, die bei einem positiven Testergebnis den Drogenkonsum abstreiten und den Führerausweis präventiv abgeben müssen, ihn nach zirka 24 Stunden wieder abholen. Sie müssen allerdings einen Blut- und Urintest über sich ergehen lassen, der Klarheit bringt. Das bestätigte der az Samuel Helbling, Mediensprecher des zuständigen Departements von Justizdirektor Urs Hofmann, und Bernhard Graser, Mediensprecher der Kantonspolizei, bei einer früheren Anfrage.

Doch ein Fall aus dem Aargau, bei dem ein Autofahrer bei einer Verkehrskontrolle am 2. Juni 2015 im Freiamt eine böse Überraschung erlebte, weckt Zweifel: Der Schnelltest wies bei «Cannabis/THC» ein positives Resultat aus. Der Lenker bestritt allerdings, gekifft zu haben. Zudem habe er, wie er sagt, zwei Drogenschnelltests abgeben müssen. Der erste sei negativ gewesen. Beim zweiten seien sich die beiden Polizisten nicht über das Resultat einig gewesen. Der Vorgesetzte habe sich durchgesetzt. Der Blut- und Urintest wurde in einem Spital vorgenommen. Die Staatsanwaltschaft Muri-Bremgarten eröffnete ein Strafverfahren wegen Fahrens in fahrunfähigen Zustand und Konsums von Betäubungsmitteln.

«Das riecht nach Klügel»

Den Führerausweis konnte der Betroffene allerdings nicht einen Tag später wieder abholen. Er erhielt ihn auch nicht zurück, als das negative Testresultat vorlag. Stattdessen musste er dafür geschlagene sechs Wochen warten. Dokumente, die der az vorliegen, zeigen: Das Kantonsspital Aarau schickte der Staatsanwaltschaft Muri-Bremgarten das Resultat 16 Tage später, am 18. Juni. Diese registrierte den Erhalt sechs Tage später. Erst weitere 13 Tage später, am 7. Juli, erhielt der Betroffene das Testergebnis mitgeteilt. Eine weitere Woche später, am 14. Juli, konnte eine Vertrauensperson seinen Ausweis endlich beim Strassenverkehrsamt abholen.

Der Betroffene stellte nach dem Entzug des Führerscheins einen Fahrdienst an, um täglich von seinem Wohnort zur Arbeit und zurück zu gelangen. Für diese Umtriebe und Anwaltskosten forderte er eine Entschädigung von rund 6000 Franken, die ihm aber das Aargauer Obergericht sowie das Bundesgericht verwehrt (die az berichtete).

Der Betroffene fühlte sich auch Monate nach dem Urteil als «Opfer von Polizeigewalt und Vorverurteilung des Strassenverkehrsamtes, gedeckelt durch die Staatsanwaltschaft». Dazu kommt die Ohnmacht: «Obwohl ich weiss, dass man mir zu Unrecht sechs Wochen lang den Ausweis vorenthalten hat, kann ich nichts dagegen tun.» Enttäuscht sagte er der az: «Die Behörden müssten sich wenigstens bei mir entschuldigen. So riecht das nach Klügel und Polizeistaat.»

Kantonspolizei Aargau und Strassenverkehrsamt unterstehen beide dem Departement Volkswirtschaft und Inneren von Regierungsrat Urs Hofmann.

Mediensprecher Samuel Helbling reagierte am Mittwoch nach mehrmaligen Nachfragen der az. «Nach Vorliegen der Blutanalyse hätte das Strassenverkehrsamt innerhalb von zwei Arbeitstagen die Wiedererteilung des Führerausweises verfügen müssen», räumt er ein. «Da der Betroffene den Führerausweis erst am 14. Juli 2015 abholen konnte, musste er ihn drei Wochen zu lange abgeben.» Für die Zeit vor dem 23. Juni 2015 sei der Führerausweis dagegen rechtmässig entzogen worden, da zuerst die Ergebnisse der Blutanalyse hätten abgewartet werden müssen. Inwiefern der Entzug für die ersten drei Wochen rechtmässig gewesen sei, führt er nicht konkret aus. «Aus Datenschutzgründen kann ich dazu nicht Stellung nehmen.» Auf eine nochmalige Nachfrage nennt er auch keine Gründe, die abgesehen von diesem Fall - dazu führen können. Was die Drogenschnelltests angeht, verweist er darauf, dass die Resultate nur während zehn Minuten gültig sind. «Durch den chemischen Prozess im Testgerät verändert sich die Anzeige danach.»

Der Kanton Aargau hat nichtsdestotrotz auf die Anfrage der az reagiert und den Betroffenen kontaktiert. «Der Generalsekretär hat sich beim Betroffenen entschuldigt und ihm die Ausrichtung der Entschädigung für die Unkosten zugesichert», sagt Helbling. Für drei Wochen rechtfertige es sich, dem Betroffenen eine Entschädigung für die Unkosten zuzusprechen. Für die anderen drei Wochen bleibt der Betroffene auf seinen Unkosten sitzen.

Dieth und Scheier, die Partytiere - oder Hippie-Frau Feri?

Easyvote will Junge im Aargau an die Urne bringen - auf der Wahlplattform können sich die Kandidierenden selber verschiedenen Jugendtypen zuordnen

VON FABIAN HÄGLER

Nur knapp 20 Prozent der 18- bis 34-Jährigen haben sich vor vier Jahren an den kantonalen Wahlen beteiligt. Dies will der Dachverband der Schweizer Jugendparlamente mit seinem Projekt Easyvote ändern. Um die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren zu erhöhen, ist Easyvote nun mit einem multimedialen Angebot im Vorfeld der Wahlen im Aargau präsent. Auf der Website hat Easy-

vote seit kurzem eine Online-Wahlplattform aufgeschaltet. Dort ist unter anderem ein Wahlclip zu sehen, der in rund drei Minuten erklärt, wie man korrekt abstimmt. Neben den Informationen zur politischen Orientierung erfährt man auf dem Kandidatenportal von Easyvote auch, welchem Jugendtyp sich Regierungs- und Grossratskandidaten zuordnen würden. Die Auswahl ist breit, so gibt es Kategorien wie Landei, Klassenschwamm, Pausenclown, Rebel oder Rocker. Von den 14 Kandidierenden

für den Regierungsrat haben aber nur gerade drei mitgemacht. Markus Dieth (CVP) und Ruth Jo. Scheier (GLP) bezeichnen sich als Partytiere, Yvonne Feri (SP) sieht sich als Hippie.

Vote-Wecker per SMS oder Mail

Jugendliche und junge Erwachsene sollen nebst dem Clip und der Wahlplattform mit gezielten Beiträgen zu Social-Media-Kanälen zur Teilnahme an der Wahl motiviert werden. Dafür sind unter anderem Wahlauftrufe in Zusammen-

arbeit mit Jungparteien im Aargau geplant. Per SMS und E-Mail können junge Wählerinnen und Wähler für sich oder für Freunde auch einen Vote-Wecker abonnieren. Dieser erinnert zu gewünschten Zeitpunkten daran, abzustimmen oder zu wählen.

Daneben gibt es auch Wahlhilfen in Papierform: Diese Woche erhalten rund 5000 junge Aargauerinnen und Aargauer eine Wahlbrochüre nach Hause geschickt. Darin wird der ganze Wahlprozess durch Easyvote verständ-

lich und politisch neutral erklärt. Derzeit wird die Brochüre schweizweit in 350 Gemeinden verschickt, im Aargau beteiligen sich 29 Gemeinden daran.

Die jungen Stimmberechtigten gehen nicht nur im Aargau, sondern gesamtschweizerisch klar seltener wählen und abstimmen als die durchschnittliche Bevölkerung. Ein Grund liegt laut einer Studie des Instituts gfs.bern darin, dass sie sich überfordert fühlen. Viele sind grundsätzlich interessiert, ihnen ist die politische Sprache aber zu kompliziert.

INSERAT